

10. Parteitag der KPD.

dem Bürgerlichen-Parlament des Reichstages angenommen sind. Man kann in den Markthallen und auf den Märkten sehr oft noch den Händler, wenn man sich bei ihnen über die teuren Preise befragt, die Antwort hören: „Seien Sie froh, daß die Sachen noch so billig sind. Wenn erst die Zölle kommen, dann erst werden Sie wissen, was wirklich teure Preise sind.“

Die Kommunisten sind die einzigen gewesen, die diese Entlohnung, diesen kommenden kapitalistisch-monarchistischen Anarchoismus auf die Lebenshaltung des werktätigen Volkes vorausgesehen haben. Wir haben immer wieder gegenüber den Massen, die sich mit den schwarzweißen Phrasen der Schieber- und Arbeiterpartei belügen ließen und Hindenburg gewählt haben, darauf hingewiesen, daß diese nationalistische Hindenburg-Front die Kleinbürger und Proletariat nur, wie im Weltkrieg als Kanonenfutter, so heute als Mahlmehl benutzt, um selbst hochzukommen und sich dann auf Kosten des gesamten deutschen Volkes Liebesgaben zu bewilligen, nach dem bekannten Sprichwort: Wer das Kreuz hat, legnet sich auch!

Wir haben auch immer wieder den Ausweg gezeigt, der die werktätigen Massen aus dieser Katastrophe herauszuführen kann. Keine schwarzrot-goldene Volksblockade ist dazu in der Lage. Die kokonagratischen Elemente des Zentrums, die schmerzhafte Industriellen Herren dieser Klassenpartei denken nicht nur nicht daran, den Auswegungszielzug gegen das Proletariat zu bekämpfen, sondern sie sind ja im Gegenteil mit der Nahrung dieser Bevölkerung auf Kosten der armen der Armen. Der Volksblock ist ja bereits in seine einzelnen Teile zerfallen, als es galt, der monarchistischen Luther-Regierung, die die Hungergeißel vorlagend eingebracht hat, das Vertrauen auszusprechen. Da haben sich die Zentrumsleute im großen Teil direkt für Luther entschieden, während die Demokraten sich der Stimme enthalten haben. Schließlich hat ja auch die SPD-Fraktion des Reichstages dem Doktor Luther das Weiterregieren ermächtigt dadurch, daß sie die Abtötung beim deutsch-spanischen Handelsvertrag geschwänzt hat.

Von diesem Volksblock also, der längst nicht mehr besteht, sondern gerade auf genug war, 8 Millionen SPD-Stimmen an den Zentrumsplätzen war zu verzeichnen, ist nichts zu erwarten an wirklichen Kampfmaßnahmen gegen die Hindenburg-Front.

Der Ausweg aus dem drohenden Elend führt nur über die Bildung einer kampfesfähigen roten Massenfront, die die breitesten Schichten des werktätigen Volkes bis hinein in das Kleinbürgertum umfaßt. Die kommunistische Partei ist eifrig bemüht, diese Massenfront, die im Interesse des gesamten Proletariats liegt, zustande zu bringen. Der Beweis dafür ist erbracht in dem Offenen Brief an die Vorstände der SPD und des ADGB und in dem konkreten Aktionsprogramm, das der Landtagsfraktion der SPD von den Kommunisten vorgelegt wurde. Es ist wiederholt schon von uns gezeigt worden, wie die sozialdemokratischen Führer diese kommunistischen Angebote abgelehnt, aber gleichzeitig in Verhandlungen mit den deutschnationalen getreten sind. Solange die sozialdemokratischen Arbeiter das nicht unterbinden, solange sie sich von dieser Politik ihrer Führer nicht abwenden, solange freilich werden ihnen auch die ehrenvollen Bemühungen der Kommunisten, einen entscheidenden Schlag gegen die Hindenburg-Front zu führen, nichts nützen.

Es gibt im Hinblick auf die bevorstehenden Zölle keine anderen Wege als: entweder den Hungerriemen noch enger zu spannen, oder sich einzurufen in die rote Front, die die KPD anführt und die allein in der Lage ist, die proletarische Existenz zu retten.

Den Landbündlern schmeden die kleinen Hapfen nicht mehr

Vor kurzem meldeten wir, daß die Landbündler in Schleswig-Holstein gegen die „völlig ungenügenden Zölle“ protestiert haben. Es handelt sich hierbei anscheinend um eine Kampagne, die der Landbund in ganz Deutschland durchführt, denn auch der Landbund von Bollenstedt (Anhalt) nahm eine Resolution an, in der es heißt:

„In der Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung des Landbundes Wallestedt am 27. Mai wurde mit höchster Befriedigung von der Zollvorlage der Reichsregierung Kenntnis genommen. Die vorgeschlagenen Zölle sind völlig ungenügend, insbesondere der außerordentlich hohe Zollerhöhungen, die der Industrie zugebilligt sind, sowie im Hinblick auf die Tatsache, daß der Entwertung des Geldes wohl bei den Industriellen, nicht aber bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Rechnung getragen ist. Völlig unzulänglich sind die Zölle für Vieh und Fleisch, Milch und Wollereiprodukte, sowie Eier und Rohwolle. Auch die Getreidezölle sind ungenügend.“

Der Landbund Wallestedt fordert deshalb eine wesentliche Erhöhung der in der Vorlage vorgesehenen Zölle der Regierung, damit die Landwirtschaft lebensfähig bleibt.“

Im Zusammenhang betrachtet mit der Unternehmerrückgang, mit dem Lohnabbau, der Arbeitsverlängerung, den neuen Steuern, den Absichten der Regierung bei der Reichswendehilfe und all den anderen Maßnahmen, die gegen die Arbeiter geplant sind, eröffnen sich herrliche Perspektiven für die werktätigen Massen, die sich energisch zur Wehr setzen müssen, wenn sie nicht untergehen wollen.

Der „Vorwärts“ fordert 100 bis 200 Prozent Lohnerhöhung

Der „Vorwärts“ erklärt am 10. Juni in seinem Leitartikel: „Eine Gesundung der deutschen Wirtschaft kann aber auch nur dann eintreten, wenn die Löhne und Gehälter der Arbeitsnehmer der höchsten und Gehältern der stärksten Konkurrenzländer angepasst werden. Es gibt keine Steigerung des Absatzes im Inlande ohne diese notwendige Steigerung der Löhne und Gehälter.“

Wir erklären uns völlig damit einverstanden, zwar nicht im Namen der Gesundung der Wirtschaft, aber im Namen der Gesundung des Proletariats. Die Löhne dieser Länder (Amerika und England) liegen circa 100 bis 200 Prozent über den deutschen Löhnen.

Wir sind bereit, an der Seite des „Vorwärts“ für dieses Ziel zu kämpfen. Sehr viel Organisation haben bereits im Kampf. Wir müssen sofort für diese Parole des „Vorwärts“ eingeleitet werden. Kein Arbeiter wird abseits stehen. Also — drauf und dran!

Die Zentrale beruft den 10. Parteitag der KPD für den 12. bis 17. Juli nach Berlin, Preussischen Landtag, ein.

Tagesordnung:

1. Bericht der Zentrale. Referenten: Die Vertreter des Parteizentrums.
2. Politische Lage, Aufgaben und Taktik der Partei. Referent: Genosse Ruth Fischer.
3. Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit und die deutsche Arbeiterklasse. Referent: Genosse Thälmann.
4. Ueber Organisationsfragen. Referent: Gen. Gelbke.
5. Anträge.
6. Nachen.

Die kommunalpolitischen Fragen werden in einer besonderen Konferenz am in einem nach anzusehenden besonderen Tagesordnungspunkt behandelt.

Am 11. Juli findet eine Frauen-Parteikonferenz statt.

Tagesordnung:

1. Bericht der Frauen-Reichssekretariats. Referent: Genossin Hebe.
2. Die Arbeit der KPD unter dem weiblichen Proletariat und den Frauen der übrigen werktätigen Schichten. Referent: Ein Vertreter der Zentrale.

Die Metallarbeiter in Halle zum Gewerkschaftskongress

Entsendung einer Studienkommission nach Sowjetrußland.

Halle, 12. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In Halle tagte die Mitgliederversammlung des DMV. Genosse Ledermann als Spitzenkandidat für den Breslauer Gewerkschaftskongress hielt das Referat über die Aufgaben des Kongresses. Die SPD-Fraktion (20 Mann stark) antwortete mit persönlichen Beschimpfungen und enthielt sich bei allen Abstimmungen demonstrativ der Stimme. Die übrigen 200 Anwesenden beschloßen einen lautmachen Protest gegen den Terror Janoffo und die Abänderung eines Beschlusses an die bulgarische Gewerkschaft und an die deutsche Regierung, in dem der Abbruch der Beziehungen Deutschlands zur Janoffo-Regierung gefordert wird. Ferner wurde ein Protest gegen das Leipziger Blutverbrechen beschlossen und die sofortige politische Amnestie gefordert. Ein Antrag an den Breslauer Gewerkschaftskongress verlangt, daß der ADGB sich energisch gegen die Verfolgungen der Roten Hilfe einsetze. Ein weiterer Antrag verlangt korporativen Beitritt zur Roten Hilfe. Die Wahl einer Studienkommission nach Sowjetrußland wurde angenommen. Ein Abänderungsantrag zu den Bundesstatuten verlangt, daß die Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Urabstimmung gemäß Verhältniswahl gewählt werden.

Deutsch-französisch-sozialdemokratisches Polizeiverbot gegen den bergischen Arbeitersport

Kemalheid, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorbereitungen für den Reichsarbeiterpartitag sind im Kemalheidberg jetzt dem Sportartikel-Werkschaffen übertragen worden. Die Generalpolizei hat nun „in Uebereinstimmung mit der Polizeibehörde“, wie es in der Verfügung heißt, den für 13. Juni angekündigten Sporttag dem Namen nach genehmigt, seltlich aber verboten. Verboten wurde auf Grund von Befehlen aus den Jahren 1850 und 1883 (!) der geplante geschlossene Aufmarsch, weiter das Mitführen von roten Fahnen, roten Kopftüchern, Armbinden, Schildern usw. Verboten wurde das Mitführen eines Tambourkorps. Ueberhaupt ist jegliche Demonstration untersagt. Der zuständige Regierungspräsident heißt Bergmann und ist Sozialdemokrat.

Ein sozialdemokratisches Urteil über die 2. Internationale

Die Schweizer sozialdemokratische Presse berichtet:

„Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei Genes hat die Frage des Eintritts in die Londoner (Hamburger) Internationale eingehend geprüft. Das Zentralkomitee von Genes hat seine Delegierten im schweizerischen Parteivorstand beauftragt, sich gegen den Eintritt auszusprechen. Dieser Entschluß ist diktiert von der Erwägung, daß der schlechte sozialistische Glaube und die Schwäche gewisser Gruppen eine ausschlaggebende Rolle in der Internationale spielen, hinsichtlich des Imperialismus, des Militarismus und des Nationalismus. Das Geneser Zentralkomitee erklärt sich aber bereit, mit der Internationale zusammenzuarbeiten, von dem Zeitpunkt an, da sie die Einsätze, die nichts mit dem Sozialismus zu tun haben, beseitigt hat. Die Genossen Inglin und Nicole sind abgeordnet, dem Parteivorstand in Bern die Ansichten des Geneser Genossen bekanntzugeben.“

Die Geneser sozialdemokratische Organisation stellt also in ihrer Resolution mit dürren Worten fest, daß die 2. Internationale imperialistisch, militaristisch und nationalistisch ist und lehnt deshalb jede Zusammenarbeit mit der 2. Internationale ab, so lange, bis die Einsätze (d. h. die imperialistischen, militaristischen usw.) beseitigt sind.

Da können die Geneser Sozialdemokraten aber lange warten. Die reaktionären Einflüsse, die von der 2. Internationale auf die Arbeiterbewegung ausgeübt werden, können nur beseitigt werden, wenn diese Organisation — des reaktionären Kolosses des Imperialismus, Militarismus und Nationalismus — zertrümmert wird.

Immerhin ist es wertvoll, wenn solche Feststellungen über den erzkolonialen Charakter der 2. Internationale aus sozialdemokratischem Munde kommen. Die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter sollen sich doch überlegen, ob sie auch weiterhin den Agenten des Imperialismus und Nationalismus in ihrem Lager Gefolgschaft leisten wollen. Die Arbeiter müssen sich endlich zum revolutionären Klassenkampf zurückfinden, und das können sie nur, wenn sie sich der kommunistischen Internationale anschließen.

Millionenschleubungen bei der Reichsbahn

Eine sensationelle Betrugsaffäre beschäftigt seit einigen Wochen die Justizbehörden der östlichen Grenzgebiete Deutschlands. Es handelt sich um gewaltige Schleubungen, Betrugsreden und Unterschleife zum Schaden des Reichs- und preussischen Hofes, an denen vier bedeutende Bauingenieure in Frankfurt a. O., Berlin, Dresden und Jülichau beschuldigt werden, und an denen auch mehrere Beamte der Reichsbahndirektion Ost in Frankfurt a. O. beteiligt sind.

Wahrscheinlich findet unmittelbar im Anschluß an den Parteitag eine Agitprop-Reichskonferenz statt.

Tagesordnung: Die Agitprop-Arbeit der Partei und der Aufbau des Agitpropapparates. Referenten: Genossen Kühn, Jenberg und Engel.

Der Delegationsmodus für den Parteitag und die einzelnen Konferenzen ist den Bezirken bereits mitgeteilt worden. Anträge zum Reichsparteitag müssen bis 7. Juli bei der Zentrale eingegangen sein. Quartiermeldungen müssen bis 8. Juli an das Sekretariat der Zentrale gerichtet werden. Zur Einanberung des Parteitages sind besondere Karten ausgegeben worden. Sie müssen in der laufenden Woche gefüllt werden. Die Abrechnung an die Bezirke hat bis zum 20. Juni, die Abrechnung an die Zentrale bis zum 1. Juli zu erfolgen.

Zum erstenmal seit dem Frankfurter Parteitag, der einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen kommunistischen Partei bedeutete, treten in Berlin die Delegierten der KPD zusammen, um zur politischen Situation Stellung zu nehmen und über die einzuschlagende Taktik zu beraten. Der Parteitag soll erneut die Beschlüsse von Frankfurt und des 5. Weltkongresses bestätigen und einen Schritt weiter tun auf dem Wege zur Parteiverwirklichung der Partei, vor allem durch gründliche Verarbeitungen der Lehren, die die Partei aus den letzten Kämpfen gezogen hat, um sie zu einer wirklich revolutionären Massenpartei im Sinne Lenins zu machen.

Vor neuen Arbeitstümpfen

Saarbrücken, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im Saargebiet ist die Stimmung der Eisenbahner allgemein für Streik. Der Monatslohn beträgt im Durchschnitt nur 400 bis 600 Franken (gleich circa 100 Mark). Die Gewerkschaften protestieren gegen die Verschleppungspolitik der Regierung.

Zweibrücken, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Metzener Arbeiter lehnten den Schiedspruch mit 1233 gegen 113 Stimmen ab. Auch die Unternehmer lehnten den Schiedspruch ab. Bei der Firma Felsche straken die Arbeiter schon in den Streik, in den übrigen Betrieben wurden die Arbeiter sofort entlassen.

Der deutsch-russische Handel

Nach einer WTB-Meldung hat der aus Deutschland nach Moskau zurückgekehrte Botschaftsminister für den Außenhandel, Genosse Krumpholtz, sich über die Entwicklung des deutsch-russischen Handelsvertrages günstig geäußert. Er hat hervorgehoben, daß die deutsche Ausfuhr nach der Sowjetunion um 60 Prozent gegen das Vorjahr gestiegen ist.

Der Pariser Sowjetbotshoftraktat in Berlin

Paris, 11. Juni. (Telanton.) Der Sowjetbotshoftraktat in Berlin unter dieser Tage nach Moskau. Er wird keine Reise in Berlin unterbreiten, um mit deutschen Banken über die Frage der Warentreue für Sowjetrußland zu verhandeln. Bekanntlich haben die Verhandlungen mit den russischen Banken zu keinem Ergebnis geführt.

Flugzeugverkehr Moskau — Peking

Moskau, 12. Juni. (WTB.) Gestern morgen flog von Moskau nach Peking eine Luftexpedition ab, die aus sechs Flugzeugen, darunter vier russischer Konstruktion, besteht. Die Flugzeugbesatzungen waren überwiegend, und eine tauchende Menge verpackte sich auf dem Flugplatz. Der Zweck der Expedition ist die Erforschung des kürzesten Luftweges nach dem fernem Osten, Uralgebirge, sibirische Ostjura, Transsibirisches Gebirge und Gobiwüste, insgesamt 7000 Kilometer. Im Falle des Erfolges soll eine russisch-chinesische Luftverkehrsgesellschaft zwecks Herstellung eines ständigen Luftverkehrs zwischen Europa und China gegründet werden.

Aufruf der chinesischen Eisenbahner

Moskau, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die chinesische Eisenbahnerorganisation richtete an die internationale Transportarbeiterföderation in London folgenden Aufruf:

„Die internationalen Imperialisten haben ihre Wäste abgeworfen und beschlossen, offen gleich Banditen und Räubern zu handeln. Die Erfolge der national-revolutionären Bewegung, das Erwachen des chinesischen Volkes, die mächtige Streikbewegung, das Wiederaufleben der chinesischen Eisenbahnerorganisationen stören den Imperialisten, die sich einbilden, durch eine noch nicht dagewesene Brutalität die revolutionäre Bewegung Chinas erdrücken zu können, Schrecken ein. Täglich landen in Shanghai neue Kriegsschiffe ein, um englische, amerikanische, japanische und italienische Truppen auf das chinesische Volk, das keine nationale Freiheit und Unabhängigkeit und eine würdevolle Existenz erlangt, zu schicken zu lassen. Die chinesischen Eisenbahner richten an euch Transportarbeiter aller Länder folgenden Aufruf:

- Man soll China mit bewaffneter Hand erzwängen; Hände weg von China!
- Verhindert den Waffen- und Munitionstransport und den Truppentransport nach China!
- Erklärt den Transportarbeitern der ganzen Welt, welche Verbrechen die Imperialisten in China begehen!
- Erklärt den Arbeitern aller Weltteile, daß die Imperialisten, die China unterdrücken und ausplündern, neue Schlingen zur Ermordung des Proletariats in den eigenen Ländern vorbereiten.
- Wir sind überzeugt, daß die internationalen Transportarbeiterföderationen dem chinesischen Proletariat, das einen Kampf um Leben und Tod führt, jede moralische und materielle Unterstützung gewähren wird.

Der Sekretär: Fod-Shan-Yun.“

Vom Kampf in Marokko

Paris, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Spanische Soldaten überschritten nachts die Grenze der neutralen Zone und raubten den wehrlosen Eingeborenen ihre Lasttiere. Die spanischen Soldaten schloßen auf eigene wehrlose Karawane, die nach Tanger und größtenteils aus Frauen bestand. 60 Personen wurden gefangen. Schon vorher waren spanische Soldaten in die internationale Zone eingebrochen und hatten am besten Tage Frauen und Herden geraubt. Die Kisten aus der Umgebung von Tanger erplündert, das Abd al Krim die internationale Zone immer respektiert habe, weil ihre Neutralität garantiert sei. Wenn die Mächte Europas die Bevölkerung der Tanger-Zone nicht schützen wollen, so mußte Abd al Krim den Schutz übernehmen und die Ordnung aufrecht erhalten. Spanien hat in Uebereinstimmung mit vielen Provokationen seine Grenztruppen bei Tanger schon verstärkt.“